



Niederschrift
zur 9. Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 18.10.2022
um 17:00 Uhr in der Aula der Gesamtschule Emmerich am Rhein,
Paaltjessteege 1, 46446 Emmerich am Rhein

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 31.05.2022
- 3 Sachstandsbericht European Climate Adaption Award (ECA) durch das Ingenieurbüro Gertec
- 4 Bericht des Klimaschutzmanagements
- 5 Sachstandsbericht zu Umgang mit Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen und Windenergieanlagen
- 6 05 - 17 0757/2022 Bebauungsplanverfahren EI 7/3 - Beeker Straße/Stokkumer Straße -, 1. Änderung;
hier: 1) Aufstellungsbeschluss
2) Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
- 7 05 - 17 0758/2022 Bebauungsplanverfahren E33/1 - Kaserne -, 3. Änderung;
hier: Beschluss der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden § 4 Abs. 2 BauGB
- 8 05 - 17 0767/2022 Aufstellung der 97. Änderung des Flächennutzungsplanes - Umwandlung einer 3. Änderung des Bebauungsplanes E 33/1 - Kaserne -;
hier: 1) Bericht zu den Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB
2) Beschluss zur Offenlage
- 9 16 - 17 0747/2022 Biologische Vielfalt in Kommunen;
hier: Antrag Nr. VIII/2021 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

- 10 05 - 17 0749/2022 Integriertes Klimaschutzkonzept;
hier: Eingabe Nr. 14/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am
Rhein
- 11 16 - 17 0763/2022 Beantragung von Fördermitteln für ein Kommunales Energiema-
nagement
- 12 Mitteilungen und Anfragen
- 13 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Sabine Siebers

Mitglieder CDU

Herr Sebastian Frölich

Herr Gerhard Gertsen

Herr Thomas Gorgs

Frau Silke Jelinski

Herr Klaus Manthey

Herr Dr. Matthias Reintjes

Frau Birgit Slot

als Vertreter für Mitglied Bongers

als Vertreter für Mitglied Frericks

als Vertreter für Mitglied Cosguner

Mitglieder SPD

Herr Alexander Armasow

Herr Ludger Gerritschen

Herr Manfred Mölder

Herr Hugo Peschel

Frau Sandra Wittke

als Vertreter für Mitglied Baars

Mitglieder GRÜNE

Herr Herbert Kaiser

als Vertreter für Mitglied Swhajor

Mitglieder BGE

Herr Jörn Bartels

Herr Steffen Straver

Herr Simon Terhorst

anwesend bis 18.00 Uhr (bis zum Ende TOP
5)

Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Wachs	Erster Beigeordneter
Herr Jens Bartel	
Frau Lina Hertz	Auszubildende
Frau Hanna Kirchner	
Frau Regina Pommerin	
Herr Mark Verholen	
Frau Nicole Jansen	Schriftführerin

Die Vorsitzende Frau Siebers eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz um 17.00 Uhr. Sie begrüßt die Damen und Herren des Ausschusses, Frau Lohoff von der Firma Gertec, die zum Tagesordnungspunkt 3 vortragen wird, die Vertreter der Verwaltung und die Presse.

I. Öffentlich**1. Einwohnerfragestunde****2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 31.05.2022**

Es werden keine Einwände zur Niederschrift vorgetragen. Somit wird die vorgelegte Niederschrift gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung von der Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

3. Sachstandsbericht European Climate Adaption Award (ECA) durch das Ingenieurbüro Gertec

Frau Lohoff des Ingenieurbüros Gertec erklärt eingehend anhand ihrer Präsentation den aktuellen Sachstand des European Climate Adaption Award (ECA) (online im Ratsinformationssystem abrufbar).

Im Anschluss meldet sich Vorsitzende Siebers zu Wort und erfragt, wie sich das Klimateam zusammensetzt. Frau Lohoff erklärt, dass sich das Team so zusammensetzt, dass alle Handlungsfelder abgedeckt werden, das heißt aus verschiedenen Vertretern der Verwaltung, wie z.B. Frau Kirchner, dem Gebäudemanagement, der Feuerwehr und den Stadtwerken. Es erfolgen dann gemeinsame Treffen mit den Mitarbeitern des Ingenieurbüros, um sich gemeinsam auszutauschen.

Vorsitzende Siebers bedankt sich und äußert ihre Hoffnung, dass es in Zukunft schneller in der Umsetzung geht und es nicht nur bei den Analysen bleibt. Danach meldet sich Mitglied Dr. Reintjes und hinterfragt den genannten Erfüllungsgrad der Stadt Emmerich am Rhein von 33 % und bittet um eine Einordnung anhand von Ergebnissen anderer vergleichbar großen Kommunen. Frau Lohoff erläutert, dass der Prozess gerade erst gestartet ist und die Bewertungen für andere Kommunen ebenfalls erst kürzlich fertiggestellt wurden. Der nächste Schritt wird nun der Austausch über den Stand anderer Kommunen mit anderen Beratern sein. Danach wird es eine Optimierung der Bewertungsgrundlagen geben, sodass dann ein Vergleich geschlossen werden kann. Voraussichtlich gibt es nächstes Jahr genauere Informationen.

4. Bericht des Klimaschutzmanagements

Frau Kirchner erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (online im Ratsinformationssystem abrufbar). Sie macht auf einen Teil ihres Energiesparmaßnahmenpakets aufmerksam, welches sie in Form einer kleinen Energiesparcheckliste mitgebracht hat und erläutert weitere geplante Maßnahmen, wie z.B. Plakate oder kleine Lektüren für das stille Örtchen.

Anschließend erfolgt ein Bericht des Klimaschutzmanagements durch Frau Kirchner. Hier wird erklärt, weswegen ein Handeln geboten ist, welche Maßnahmen (Fahrradstraße, Fahrradschutzstreifen etc.) bereits für die AGFS-Mitgliedschaft umgesetzt wurden. Weiter bittet Sie die Mitglieder möglichst auf Sitzungsunterlagen in Papierform zu verzichten und weist auf die Hilfsbereitschaft der städtischen IT bezüglich der Einrichtung von Endgeräten hin, um den digitalen Empfang von Sitzungsunterlagen zu ermöglichen.

Frau Kirchner gibt das Wort wieder an die Vorsitzende Siebers. Diese bedankt sich für den Beitrag und die bereits getroffenen Maßnahmen in Form der Fahrradstraßen und Fahrradschutzstreifen und bedauert die negativen Beiträge in der Presse. Sie selber habe viele positive Rückmeldungen über die Maßnahmen erhalten.

Weiter betont sie, dass eine Kollegin, die Ratsmitglied ist, die Sitzungsvorlagen in Papier erhalten habe, obwohl diese zum einen bereits digital eingerichtet ist und man darauf achten sollte, die Unterlagen dann nicht fälschlicherweise in Papierform zu versenden.

Mitglied Bartels erhält das Wort und weist darauf hin, dass die Sitzungsunterlagen auch ohne eigenes iPad im Ratsinformationssystem online einsehen werden können. Ferner merkt er an, dass seine Fraktion auch kritisch auf die AGFS-Maßnahmen schaut. Er habe die Rückmeldung bekommen, dass einige Maßnahmen in der Verkehrsführung zu Problemen für die Autofahrer führen. Er gibt an, dass sich seine Fraktion vorbehält entsprechende Anträge zur Nachbesserung zu stellen.

Zum Beispiel gäbe es teils Rückstau über die Fahrradstraße hinaus. Auch die „Glück auf“-Schranke wäre nicht mehr zu Umfahren in einer Rückstausituation, welche sich bis in die Baustraße erstreckt.

Den Fahrradfahrern sei in jedem Fall der benötigte Platz einzuräumen, jedoch ist dies auch weniger problematisch umsetzbar.

Mitglied Dr. Reintjes schaut auf einen Antrag der CDU aus dem Jahre 2012 zurück, in dem ein iPad für jedes Mitglied gefordert wurde, um die papierlose Gremienarbeit zu ermöglichen. Seinerzeit wäre diskutiert und bezweifelt worden, ob die Einsparung an Papier das Gerät rechtfertige.

Weiter weist er daraufhin, dass die Mitglieder, die „Mein Rathaus“ nutzen, ein Problem haben, wenn die Anlagen als Link angegeben werden. Es wäre besser, wenn die Anlagen wirklich als Anlage beigefügt werden würden. Darüber hinaus unterstreicht er noch einmal, dass die IT durchaus sehr hilfsbereit bei der Einrichtung des Programms ist und jedem Willigen hilft.

Mitglied Siebers bedankt sich für den Hinweis und erteilt Frau Kirchner das Wort.

Frau Kirchner erklärt, dass sie die Anschaffung neuer iPads für die Senkung des Papierverbrauchs nicht unterstützt. Jeder habe einen Laptop oder ein eigenes iPad zuhause, welches man für die papierlose Gremienarbeit nutzen könne, ohne das zusätzliche Ressourcen verbraucht werden.

Mitglied Mölder fragt, weshalb einige Bildschirme des Gymnasiums in der Nacht von Samstag auf Sonntag geleuchtet haben.

Herr Dr. Wachs erläutert, dass die Mitarbeiter der IT-.Abteilung dort um die Zeit noch Arbeiten durchgeführt haben.

5. Sachstandsbericht zu Umgang mit Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen und Windenergieanlagen

Vorsitzende Siebers wundert sich darüber, dass es zum Thema „Umgang mit Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen und Windenergieanlagen“ nur einen Sachstandsbericht ohne eine Vorlage gibt, obwohl im Rat beschlossen wurde, dass dieses Thema an den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz verwiesen wird.

Frau Kirchner erläutert, dass es nicht genügend Kapazitäten mehr gab, um noch eine weitere Vorlage vorzubereiten. Zudem benötigt der Bericht tagesaktuelle Angaben, weswegen die Vorlage nicht mehr auf dem aktuellsten Stand gewesen wäre. Für den nächsten Ausschuss wird aber natürlich eine Vorlage vorbereitet.

Herr Bartel erläutert nunmehr anhand einer Power-Point-Präsentation (im Ratsinformationssystem online abrufbar). Er betont in seinem Sachstandsbericht, dass sowohl der Bau von Windkraftanlagen, als auch die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen mit höchster Priorität behandelt werden, die Stadt Emmerich am Rhein momentan aber durch das „Wind-an-Land-Gesetz“ handlungsunfähig ist. Er erklärt, dass die Bezirksregierung Düsseldorf nicht von der ihr eingeräumten Kompetenz durch das „Wind-an-Land-Gesetz“, im Regionalplan entsprechende Windenergiekonzentrationszonen einzurichten, Gebrauch gemacht hat. Somit liegt es an den Gemeinden entsprechende Flächen nach den Kriterien im Flächennutzungsplan auszuweisen.

Alle in Frage kommenden Flächen, die die Kriterien erfüllen, sind allerdings bereits bebaut.

Weiter geht Herr Bartel anhand seiner Präsentation auf die Historie einer ursprünglich geplanten Konzentrationszonenausweisung im Flächennutzungsplan ein.

Am Ende seines Sachstandsberichtes gibt Herr Bartel einen Ausblick für das weitere Vorgehen. Hier wird deutlich, dass die Gemeinde bis zur Änderung des LEP handlungsunfähig bleibt.

Zum Thema Freiflächen-Photovoltaik erklärt Herr Bartel, dass diese momentan noch als gewerbliche Anlage gewertet wird. Somit muss diese in einem Gewerbegebiet erbaut werden. Frau Kirchner erläutert an einer Abbildung, wie effizient die Photovoltaikanlage im Vergleich zur Biogasanlage ist.

Ferner berichtet Herr Bartel über den zeitlichen Ablauf und noch einmal über die aktuell noch bestehende Unfähigkeit der Gemeinde. Allerdings gäbe es einen Lichtblick, da der Landesentwicklungsplan bereits einige Erleichterungen vorsieht. Hier handelt es sich um Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen an Standorten wie Halden und Deponien und Flächen an Autobahnen und Schienen. Herr Bartel benennt dann die alte Deponiefläche in Vrasselt und die Abgrabungsfläche am Hohen Broich als mögliche Standorte in Emmerich. Genauer stellt Herr Bartel dann die Idee mit einer sogenannten „Floating PV“ auf der Abgrabungsfläche vor, welche abseits des planungsrechtlichen Verfahrens möglichst schnell entstehen soll.

Die Vorsitzende Siebers bekundet ihren Ärger über die Hemmschwellen, die auf Länderebene bestehen und erteilt Mitglied Slood das Wort.

Diese fragt, ob für das Projekt auf der Deponiefläche eine Ausschreibung erfolgt oder ob ein Emmericher Unternehmen der Energieversorgung diese Investition tätigt? Sie ist der Meinung, dass man bestimmte Dinge in kommunaler Hand behalten sollte, um die Grundsicherung sicherstellen zu können.

Herr Bartel antwortet, dass man sich noch an einem sehr frühen Zeitpunkt im Prozess befindet. Gespräche mit dem örtlichen Investor wurden bereits getätigt, jedoch wird man schauen, wie sich der Prozess weiterentwickelt.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs ergreift das Wort und führt an, dass man sich hier auf planungsrechtlicher Ebene befindet und noch nicht auf der vergaberechtlichen Ebene.

Mitglied Slood argumentiert, dass man als Investor ja bereits weiterdenken würde.

Mitglied Bartels erhält das Wort und bekundet seinen Unmut über den Stillstand in Sachen erneuerbaren Energien und fragt, ob seitens der Stadt Emmerich am Rhein die Möglichkeit besteht einen Antrag auf Änderung des Regionalplans zu initiieren.

Herr Bartel nimmt die Aufforderung zum Druckaufbau auf und berichtet, dass bereits Anträge auf Änderung durch andere Kommunen gestellt wurden. Die Bezirksregierung hat diesen Änderungen allerdings eine Absage erteilt, da die Än-

derungen für einen ganzen Regierungsbezirk erfolgen. Die Änderung wurde angestoßen, sodass die Bezirksregierung nun keine Einzelverfahren mehr bearbeitet.

Herr Bartel versichert sich noch einmal, dass man also nichts Anderes tun kann außer zu warten.

Mitglied Kaiser erhält das Wort und bittet darum, dass die Verwaltung mit den entsprechenden Interessenvertretern auf der nächsthöheren Ebene Kontakt aufnimmt, sodass das Verfahren so schnell wie möglich aufgenommen wird.

Er fragt, ob die Verwaltung plant, in Kooperation mit den Landwirten, die Agrar-Voltaik zu entwickeln. Er erklärt das Prinzip und führt ein Projekt aus den Niederlanden an, welches zeigt, dass der Ertrag bei einer Himbeerernte unter einer Photovoltaikanlage nur um 20 % niedriger als ohne die Überdachung.

Herr Bartel antwortet, dass er den Vorschlag gerne aufnimmt und ergänzt, dass dies auch bereits in der Verwaltung diskutiert worden ist. Leider überholt die Technik hier die Politik, sodass Agri-PV bisher leider aus den Betrachtungen herausfällt.

Mitglied Dr. Reintjes bedankt sich bei der Verwaltung für den Sachstandsbericht und äußert noch einmal seinen Unmut über die Dauer der LEP-Verfahren, die Hemmschwellen in Düsseldorf und die deutsche Verwaltungswut.

Mitglied Bartels berichtet über einen Kontakt zu Investoren, die dieses Projekt umsetzen wollten. Diese seien aber leider in der Verwaltung auf schlechte Kommunikation gestoßen und wurden getröstet. Er bittet um eine transparentere Kommunikation.

Herr Bartel antwortet, dass man den Investoren dasselbe erklärt habe wie den Ratsmitgliedern. Man sprach seinerzeit davon, dass man diesem Projekt ein gesamtstädtisches Konzept anhängen wollen würde und dies voraussichtlich nächstes Jahr bearbeiten könne. Leider hat sich rausgestellt, dass es noch länger dauern wird, bis diese Möglichkeit ergriffen werden kann, was den Investoren aber genauso kommuniziert worden ist.

Mitglied Bartels räumt ein, dass sich seine Informationen eventuell mit den Ereignissen über die Herr Bartel soeben gesprochen hat, überschneiden können und doch eine vernünftige Bearbeitung stattgefunden hat.

6. Bebauungsplanverfahren EI 7/3 - Beeker Straße/Stokkumer Straße -, 1. Änderung;

hier: 1) Aufstellungsbeschluss

2) Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Vorlage: 05 - 17 0757/2022

Mitglied Dr. Reintjes stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Beschlussvorschlag:**Zu 1)**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m § 1 Abs. 8 BauGB den Bebauungsplan EL 7/3 –Beeker Str./ Stokkumer Str.- dahingehend zu ändern, dass in dem östlichen unbebauten Bereich zwischen Beeker Straße und öffentlicher Grünfläche unterhalb der „Gerritzen Mühle“ überbaubare Flächen, Erschließungsflächen sowie Wasserwirtschaftliche Flächen festgesetzt werden.

Das Bebauungsplanänderungsverfahren erhält die Bezeichnung: **1. Änderung des Bebauungsplanes EL 7/3 –Beeker Str./ Stokkumer Str.-.**

Die Verfahrensgebietsgrenze ist im Anlageplan 2 mit einer gestrichelten Linie gekennzeichnet.

Zu 2)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in der Form der einfachen Bürgerbeteiligung nach Punkt 3.1 der städtischen Richtlinien zur Bürgerbeteiligung in Bauleitplanverfahren nicht durchzuführen sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB nicht zu veranlassen.

Zu 3)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, den beiliegenden Planentwurf im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und beauftragt die Verwaltung, die Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

Stimmen dafür 16 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

7. **Bebauungsplanverfahren E33/1 - Kaserne -, 3. Änderung;
hier: Beschluss der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
und der Behörden § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 05 - 17 0758/2022**

Vorsitzende Siebers lässt über den gemeinsamen Antrag einiger Mitglieder, nach Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag:**Zu 1)****I. Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB**

1.1 Der Ausschuss für Stadtentwicklung stellt fest, dass im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB keine Stellungnahmen mit abwägungsrelevanten Inhalten abgegeben wurden.

II. Ergebnisse der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB

2.1 Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass den Anregungen hinsichtlich des Naturschutzes mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

2.2 Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass den Anregungen hinsichtlich des Artenschutzes mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

2.3 Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass der Anregung hinsichtlich der Entwässerung mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.

2.4 Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes B220 / K 16 mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.

Zu 2)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, den beiliegenden Planentwurf im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und beauftragt die Verwaltung, die Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt zudem, den beiliegenden Planentwurf entsprechend des Ablaufschemas in Kapitel 3 des Klimaanpassungskonzeptes der Stadt Emmerich am Rhein zu überprüfen und beauftragt die Verwaltung, ggf. die Festsetzungen des Bebauungsplanentwurfes entsprechend des „Leitfadens zu Klimaschutz und Klimaanpassung in der kommunalen Planung“ des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen anzupassen.

Abstimmungsergebnis

Stimmen dafür 16 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

8. **Aufstellung der 97. Änderung des Flächennutzungsplanes - Umwandlung einer 3. Änderung des Bebauungsplanes E 33/1 - Kaserne -;**
hier: 1) Bericht zu den Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB
2) Beschluss zur Offenlage
Vorlage: 05 - 17 0767/2022

Vorsitzende Siebers lässt über den gemeinsamen Antrag einiger Mitglieder, nach Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Zu 1)

I. Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB

1.1 Der Ausschuss für Stadtentwicklung stellt fest, dass im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB keine Stellungnahmen mit abwägungsrelevanten Inhalten abgegeben wurden.

II. Ergebnisse der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB

2.1 Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass den Anregungen hinsichtlich des Artenschutzes mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu 2)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, den beiliegenden Planentwurf im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und beauftragt die Verwaltung, die Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

Stimmen dafür 16 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

9. **Biologische Vielfalt in Kommunen;**
hier: Antrag Nr. VIII/2021 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
Vorlage: 16 - 17 0747/2022

Mitglied Kaiser meldet sich als Antragsteller zu Wort und erkennt aus der Vorlage, dass die Verwaltung der Thematik grundsätzlich positiv gegenübersteht. Von daher ist nicht zu verstehen, dass sie einem Bündnisbeitritt für einen Jahresbeitrag von 165 € nicht zustimmt. Es gibt eine Chance, die Angebote und die Erfahrungen aus anderen beteiligten Kommunen zu nutzen. Auch das Argument, dass nicht ausreichend Ressourcen dafür zur Verfügung stehen, kann er nicht nach-

vollziehen. Er bittet die Ausschussmitglieder darum, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zu folgen sondern dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu folgen.

Seitens der BGE-Fraktion meldet sich Mitglied Bartels zu Wort und teilt mit, dass man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgt. Nicht der Jahresbeitrag ist das ausschlaggebende Kriterium, sondern die fehlende Zeit und die fehlende Möglichkeit, die Themen entsprechend den Forderungen umzusetzen. Vielleicht könnte man zu einem späteren Zeitpunkt in 2-3 Jahren nochmals darüber nachdenken, diesem Bündnis beizutreten.

Mitglied Wittke teilt für die SPD-Fraktion mit, dass man den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt.

Mitglied Dr. Reintjes stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen. Wichtig zu erwähnen ist aber, dass sich der Ausschuss einig ist, dass nicht die Kosten von 165 € im Jahr dazu geführt haben, dass man dem Bündnis nicht beitrifft. Die geforderten Maßnahmen werden bereits angegangen und im Kreis Kleve ein Netzwerk von Klimaschutzmanagern vorhanden ist, die dafür Sorge tragen, dass Maßnahmen realisiert werden.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt abschließend, dass bereits u. a. über den European Climate Award (wie von Frau Lohoff der Firma Gertec zu Top 3 vorgestellt) eine Vielzahl von verschiedenen Themen bearbeitet werden und von der Verwaltung als vollkommen ausreichend eingestuft wird. Die Verwaltung sieht durch die Mitgliedschaft keinen Mehrwert in der Tätigkeit, die nicht schon jetzt geleistet wird. Die derzeitige Arbeit und Zielerreichung leidet darunter nicht. Das Engagement ist da und die Ergebnisse zeichnen sich ab.

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt, die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ nicht zu unterzeichnen und auch dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ nicht beizutreten.

Abstimmungsergebnis

Stimmen dafür 9 Stimmen dagegen 7 Enthaltungen 0

10. Integriertes Klimaschutzkonzept; hier: Eingabe Nr. 14/2022 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein Vorlage: 05 - 17 0749/2022

Frau Kirchner erläutert die Vorlage. Von Seiten der Vorgänger ist bereits sehr viel getan worden. Sie engagiert sich auch weiterhin entsprechend; Auflebenlassen der Klimatische, Earth-Hour, Stadtradeln, Kontakte mit Firmen und Schulen etc..

Auf Nachfrage von Mitglied Bartels teilt Frau Kirchner mit, dass sie für die Erstellung der CO2-Bilanz zuständig ist. Diese ist derzeit in Bearbeitung und man hofft, dass diese bis Ende des Jahres fertiggestellt sein wird. Die Kosten für die Erstellung dieser Bilanz liegen bei ca. 3.500 €.

Kenntnisnahme (kein Beschluss)

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nimmt die Ausführungen zum integrierten Klimaschutzkonzept zur Kenntnis.

11. Beantragung von Fördermitteln für ein Kommunales Energiemanagement Vorlage: 16 - 17 0763/2022

Frau Kirchner erläutert die Vorlage.

Für die CDU-Fraktion teilt Mitglied Dr. Reintjes mit, dass sie die Verwaltung unterstützt. Er bittet darum, dass im Rahmen der Haushaltsdiskussion die Stelle den Vermerk „kw“ (künftig wegfallend) erhält. Ferner stellt er die Frage an die Verwaltung, ob mit den Stadtwerken gesprochen wurde, ob dort Kompetenzen vorhanden sind, die evtl. gebündelt werden können.

Frau Kirchner erklärt, dass die zu besetzende Personalstelle beim Fachbereich 3 - Immobilien - angesiedelt wird und dort ein regelmäßiger Austausch mit den Stadtwerken stattfindet.

Mitglied Bartels teilt für die BGE-Fraktion mit, dass man den Beschlussvorschlag der Verwaltung ablehnt. Die Stadt Emmerich befindet sich in der Haushaltskonsolidierung und dann sind 40.000 € nicht zu verantworten. Auch sieht die Fraktion die Verwaltung als eigenverantwortlich an und somit gewisse Prozesse selbst initiieren kann und durchaus auch vorhandene Dinge nutzen kann (wie z. B. Energieberater SWE u. ä.). Ferner müssten von der Verwaltung Ressourcen gebunden werden, um der Stelle aktiv zuzuarbeiten. Auch dürfte es schwierig werden, eine Fachkraft für lediglich 3 Jahre einzustellen.

Frau Kirchner weist darauf hin, dass auch die Klimamanager befristet eingestellt wurden und sieht es nicht als problematisch an, eine entsprechende Fachkraft zu bekommen.

Vorsitzende Siebers teilt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmt.

Mitglied Wittke teilt für die SPD-Fraktion mit, dass auch sie dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmt.

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz empfiehlt dem Rat, die Fördermittel der Kommunalrichtlinie zur Implementierung eines Energiemanagements im Rahmen der befristeten Einstellung einer Fachkraft für 36 Monate zu beantragen. Weiterhin soll geprüft werden, welche zusätzlichen Fördermittel zur Unterstützung der Fachkraft ebenfalls in Anspruch genommen werden können.

Abstimmungsergebnis

Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 2 Enthaltungen 0

12. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen werden nicht vorgetragen, Anfragen werden nicht gestellt.

13. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend.

Die Vorsitzende Frau Siebers schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz um 18.25 Uhr.

46446 Emmerich am Rhein, den 21. Oktober 2022

Sabine Siebers
Vorsitzende

Nicole Jansen
Schriftführerin